

Hinschauen, zuhören, helfen.

Kinder aus psychisch belasteten Familien – Paritätisches Positionspapier

Vorbemerkung

In Deutschland wachsen gegenwärtig rund 3,8 Millionen Kinder und Jugendliche mit einem psychisch erkrankten Elternteil auf, auch Suchterkrankungen zählen hierzu. Etwa 15 Prozent dieser Kinder und Jugendlichen sind unter drei Jahre alt. Ca. 2,65 Millionen Kinder wachsen mit alkoholkranken Eltern auf, ca. 40.000 bis 60.000 Kinder haben Eltern, die von illegalen Drogen abhängig sind.

Bereits 2003 wurden von der Fachkonferenz „Familiengeheimnisse – wenn Eltern suchtkrank sind und die Kinder leiden“ unter der Federführung der damaligen Bundesdrogenbeauftragten „Zehn Eckpunkte zur Verbesserung der Situation von Kindern aus suchtbelasteten Familien“ verabschiedet. Von diesen Punkten ist nun, 15 Jahre später, nicht einer umgesetzt. Im 13. Kinder und Jugendbericht (November 2009) wurde erneut auf die bestehenden Versorgungslücken für betroffene Kinder hingewiesen. Im Jahr 2017 beschloss der Bundestag nach mehreren Anläufen und verbandsübergreifenden Initiativen einstimmig die Gründung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe. Die Ergebnisse sollten dem Bundestag bis zum Sommer 2018 vorgelegt werden. Der Paritätische Gesamtverband begrüßt es, dass das Thema niedrigschwelliger und lebensweltorientierter Unterstützungsleistungen nun auf die politische Agenda gesetzt und die Arbeitsgruppe einberufen wurde.

Ausgangssituation

Eine Erkrankung kann für Familien und ihr soziales Umfeld zu dauerhaften Belastungen führen, abhängig von vielen Faktoren: dem Behandlungsverlauf, der Stigmatisierung und Tabuisierung, dem drohenden Verlust der Erwerbsarbeit des betroffenen Elternteils und des entstehenden Armutsrisikos, der drohenden sozialen gesellschaftlichen Exklusion der Familie und des Verlusts von helfenden sozialen Netzwerken u.v.m. Diese Belastungen treffen auch und insbesondere die Kinder in jenen Familien, die nicht selten wechselhafte Beziehungen zu ihren Eltern bis hin zu teils wiederkehrenden Beziehungsabbrüchen erleben, wenig emotionale Unterstützung erhalten und mit der Angst leben müssen, dass die „Andersartigkeit“ ihrer Familie öffentlich bekannt wird und sie stigmatisiert werden. Zahlreiche Kinder und Jugendliche besitzen ein hohes Risiko, aufgrund dieser Belastungen eigene psychische Erkrankungen zu entwickeln. Bei ca. der Hälfte aller Patient/-innen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie liegen bereits bei den Eltern psychische Störungen vor. Im Verlauf einer kinder- und jugendpsychiatrischen Diagnostik werden elterliche Erkrankungen oft erstmals bekannt.

Aufgrund der vielfältigen Problemlagen sind sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die betroffenen Eltern auf fachlich qualifizierte Hilfe und Unterstützung angewiesen. Die gesellschaftliche Stigmatisierung von psychisch Erkrankten und Suchterkrankten, Ängste vor sozialer Sanktionierung und Bevormundung durch Behörden sowie das krankheitsbedingt häufig eingeschränkte Hilfesuchverhalten und der hochschwellige bürokratische Zugang zu Hilfen tragen einerseits dazu bei, dass betroffene Eltern professionelle Hilfen scheuen bzw. keine adäquaten Hilfeangebote finden. Andererseits nimmt die Fachöffentlichkeit das Leiden der Kinder bisher nicht genügend wahr. Es fehlen flächendeckend interdisziplinäre Fortbildungen und Schulungen zu dem Thema, z.B. für Fachkräfte, im Kitabereich oder bei Fachkräften in Schulen. Die notwendige Vernetzung der Hilfen ist meist nicht refinanziert, und trotz der akuten Problemlage mangelt es vor allem für die betroffenen Kinder an niedrigschwelligen, bedarfsgerechten und komplexen Unterstützungsangeboten, die sicherstellen, dass Unterstützungsangebote auch bei sozial- oder krankheitsbedingt eingeschränktem Hilfesuchverhalten bei den betroffenen Familien ankommen.

Selbst wenn betroffene Kinder und erkrankte Eltern professionelle Unterstützung in Anspruch nehmen können, sind die verschiedenen Angebote z.B. der Jugendhilfe und der psychiatrischen Hilfe meist noch nicht aufeinander abgestimmt.

Das in Deutschland stark ausdifferenzierte und versäulte Hilfesystem hat strukturbedingt dazu geführt, dass auch die professionellen Akteure im Hilfesystem „versäult“ denken und handeln, also lediglich in den Korridoren und Rahmenbedingungen ihrer maßgeblichen Rechts- und Finanzierungssystematik. Ein Aufbau von Hilfeleistungen, ausgehend von den Bedarfen der hilfesuchenden Familien, findet dagegen so gut wie nicht statt. Beispielsweise haben viele psychiatrische Kliniken oder Sucht-Rehabilitationseinrichtungen bislang die Kinder ihrer Patient/-innen (oder generell Angehörige) nicht in ihr Behandlungskonzept integriert, nur wenige nehmen bundesweit diese Kinder mit auf oder bieten gar über den bloßen Aufenthalt hinaus eigenständige Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten an. Auf der anderen Seite fühlen sich Institutionen der Jugendhilfen häufig mit den komplexen Anforderungen in psychisch- und suchtblasteten Familien alleine gelassen, trotz des weitgehenden Aufbaus von regionalen Netzwerken der Frühen Hilfen.

Nach Ansicht des Paritätischen sind die notwendigen Hilfe- und Unterstützungsangebote niedrigschwellig, sozialraum- und zielgruppenorientiert sowie als aufsuchende Angebotsformen vorzuhalten. Bei der Konzeption dieser Angebote sollte das Kind mit seinen Bedarfen im Mittelpunkt stehen und das gesamte Hilfe- und Unterstützungssystem sowie die hiermit befassten Professionen (Jugendhilfe, Schulsozialarbeit, Psychiatrie usw.) hierfür entsprechend sensibilisiert werden.

Mit Blick auf die prekäre Versorgungslage für Kinder aus psychisch belasteten Familien in Deutschland hält der Paritätische Gesamtverbände folgende politische Weichenstellungen und Maßnahmen kurz- und mittelfristig für erforderlich:

Flächendeckender Ausbau von niedrigschwelliger Hilfe und Beratung auf der Grundlage eines Rechtsanspruchs für Kinder

Der Paritätische Gesamtverband fordert einen eigenständigen Rechtsanspruch für alle Kinder auf niedrigschwellige, nicht stigmatisierende und anonyme Beratung und Hilfe.

Um die betroffenen Kinder bei psychosozialen Problemlagen in der Familie bundesweit, also auch im ländlichen, infrastrukturschwachen Raum zu erreichen, fordert der Paritätische Gesamtverband den flächendeckenden Aufbau und die Finanzierung von niedrigschwelligen Anlaufstellen- und Beratungsangeboten für betroffene Kinder. Dabei ist darauf zu achten, dass die Zugänge, u.a. aus Schulen und Kindertagesstätten, vielfältig gestaltet und nicht stigmatisierend sind. Hier können auch Online-Angebote geeignet sein.

Daneben sind für die beteiligten Fachkräfte regelmäßige, regionale interdisziplinäre Weiterbildungs-, Austausch- und Vernetzungsangebote anzubieten. Für diese Arbeit in Netzwerken benötigen alle beteiligten Akteure zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen für Kommunikation, Hilfeplankonferenzen, gemeinsame Teamsitzungen und Fallberatungen etc.

Versäulte Hilfesysteme überwinden: Kinder und ihre Bedarfe wahrnehmen und entsprechende Angebote schaffen

Der Paritätische Gesamtverband fordert flächendeckend den Ausbau von Möglichkeiten zur Mitaufnahme von Kindern in stationären, teilstationären und ambulanten Angeboten der Psychiatrie und der medizinischen Rehabilitation sowie in sozialtherapeutischen Angeboten während des Aufenthalts ihrer Eltern, die Kinder nicht als „Begleitkinder“, sondern als eigenständige Akteure mit spezifischen alters- und situationsbezogenen Unterstützungsbedarfen wahrnehmen.

Die aktuellen versäulten Sozialrechtssysteme sind zu erweitern, um rechtlich geregelte und verstetigte Finanzierungslösungen für solche und weitere komplexe, übergreifende Hilfeangebote, die an den vorhandenen (Soll-)Bruchstellen zwischen den Systemen wirken. Hierzu zählen auch der flächendeckende Ausbau und die Finanzierung von Präventions- oder Gruppenangeboten für betroffene Kinder, die den Modellcharakter überwinden müssen und als Regelleistung in die kommunale Infrastruktur zu integrieren sind.

Fazit

Eine elterliche psychische Erkrankung betrifft und belastet die gesamte Familie und das soziale Umfeld der Familie. Kinder aus psychisch belasteten Familien sind Leidtragende und werden nicht selten in dieser Zeit selbst zu Eltern der Eltern, weil jene die Versorgung der Familie nicht mehr übernehmen können, oder sie werden selbst krank. Dabei gilt es besonders die Kinder mit ihren Bedarfen wahrzunehmen und zu entlasten. Die notwendige Hilfe und Unterstützung von Kindern und ihren Eltern muss aus Sicht des Paritätischen Gesamtverbandes ein besonderes fachpolitisches Anliegen sein. Die Rahmenbedingungen müssen jetzt gestaltet werden und die Mittel zur Umsetzung der komplexen Hilfen endlich bereitgestellt werden, damit die Kinder bedarfsdeckend unterstützt werden können.

Berlin, April 2018